

Der „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Spezialabteilung des
Verlags für die Provinz
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Bogen 60 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
post frei M. 2.50,
bei Einzelverkauf am Ort M. 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Der „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Spezialabteilung des
Verlags für die Provinz
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Bogen 60 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
post frei M. 2.50,
bei Einzelverkauf am Ort M. 2.50.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 7.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

18. Jahrgang.

Was nicht vergessen werden darf!

Preußen-Wahlrecht und Reichstagswahlen.

Am heutigen 8. Januar tritt der preussische Landtag wieder zusammen, gerade noch zur rechten Zeit, um die Aufmerksamkeit der Reichstagswähler auf eine politische Frage zu lenken, die vielleicht die wichtigste von allen ist. Nicht bloß das Volk von Preußen, sondern die Bevölkerung des ganzen Reiches steht unter dem reaktionären Druck jener der Gegenrevolution entsprungene überlebten und kulturwidrigen preussischen Verfassung, die den allergrößten Teil der preussischen Bevölkerung von jeder wirksamen Einflussnahme auf die Gesetzgebung und Regierung des Staates ausschließt, und den größten Teil der Bevölkerung zum Gutsherren eines Hausens oberflächlicher Großgrundbesitzer erniedrigt.

Preußen als Reichsregent.

Der König von Preußen ist deutscher Kaiser, der Ministerpräsident ist Kanzler des Reiches. Im Bundesrat, der die Höhe der Militär-, Marine- und Kolonialforderungen feststellt, und die Beschlüsse des Reichstages annimmt oder verwirft, spielt die dem preussischen Landtag vorantwortliche preussische Staatsregierung die führende und ausschlaggebende Rolle. Wie groß der reaktionäre Einfluss Preußens auf die Reichsregierung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Bundesrat im Dezember 1904 fünf wichtige Beschlüsse des nun aufgelösten deutschen Reichstages einfach auswarf. Zwei dieser Beschlüsse hatten eine Reform des furchtbaren Militärstrafgesetzes verlangt und eine Milderung jener Bestimmungen, die geringfügige Vergehen der einfachen Soldaten mit drakonischen Strafen bedrohen. Ein dritter Beschluß verlangte die von den Bergarbeitern stürmisch geforderte Einführung eines Reichsberggesetzes, ein vierter das Recht der Untersuchungsgefängnisse auf Selbstbestätigung, ein fünfter den Abschluß eines Auslieferungsvertrages mit Rußland, der den russischen Militär in der Behandlung russischer Flüchtlinge ein Ende hätte bereiten können. Alle diese — sehr beschleunigten, allzu beschleunigten — Beschlüsse des Reichstages wurden verworfen, vom Bundesrat unter Führung der preussischen Regierung.

Die Dauerhaftigkeit des Dreiklassenwahlrechts.

Die gesetzgebenden Körperschaften Preußens, von denen das preussische Volk so gut wie völlig ausgeschlossen ist, beschließen über die Höhe der meisten direkten Steuern, vor allem der Einkommensteuer innerhalb des preussischen Staatsbereichs, über Schul- und Kirchengesetze, über die Befhaltung der Gewerbeinspektion, ihrer Kontrolle und Kritik untersteht die Staatsregierung mit ihrer gesamten Verwaltung, insbesondere der beschäftigten preussischen Polizeiwirtschaft; durch ihr Statutrecht üben sie einen entscheidenden Einfluß auf die Höhe der Löhne und die Arbeitsbedingungen hunderttausender in staatlichen Bergwerken und auf staatlichen Eisenbahnen beschäftigten Proletariats. In ihrer Hand steht es, den Staatsarbeitern und den Proletariats der Landwirtschaft das Koalitionsrecht zu geben oder zu verweigern. Von ihnen hängt es ab, ob die preussischen Staatsangehörigen nicht deutscher Muttersprache als gleichberechtigte Bürger geachtet, oder zur Schande des ganzen Reiches, wie schändliches Wild geachtet werden sollen. In allen diesen und vielen anderen Beziehungen wirken die gesetzgebenden Körperschaften Preußens in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung tyrannisch und ungerecht nach innen, nach außen aber, als schlechtes Vorbild, schädigend auf die Interessen und das Aussehen aller deutschen Stämme und des ganzen Reiches.

Reichstagswahlrecht und Landtagswahlrecht.

Bei den Reichstagswahlen am 25. Januar wird entsprechend dem im Reich geltenden Gesetze, jeder Wähler innerhalb seines Wahlkreises in gleicher Abstammung seine Stimme für den Kandidaten abgeben, dessen Programm ihm zusagt, und alle abgegebenen Stimmen im Kreise werden gleich gezählt ohne Rücksicht auf die Person, die sie abgegeben hat. Das ist die Form des Wahlrechts, die in modernen Kulturstaaten die übliche ist, die in Amerika, England, Frankreich, Italien, der Schweiz, in den süddeutschen Staaten; und — nach Abschluß der Wahlreform auch in Oesterreich gilt.

Preußen aber besitzt ein Landtagswahlrecht, wie es sonst nur noch einmal in der Welt, nämlich in Sausen vorkommt. Nicht der Mann, der Staatsbürger, sondern der Geldsack entscheidet. Die Grundbesitzer bilden die erste, die Grundbesitzer die dritte Wahlklasse; zwischen beiden steht noch eine zweite. Nach Klassen gesondert wählen die Wähler nicht geheim, sondern mündlich und öffentlich, nicht den Abgeordneten sondern eine Anzahl von Wahlmännern, die für jede Klasse gleich ist. Im dritten Berliner Landtagswahlkreise z. B. gibt es 179,592 Wähler: davon gehören 808 der ersten Wahlklasse an, 19,512 der zweiten, 157,042 der dritten. Die 25,500 Wähler der ersten und zweiten Klasse haben zusammen doppelt soviel Wahlrecht wie die 157,042 der dritten. Rechnet man hier den Wert der Wahlstimme der ersten Klasse mit 1, so beträgt der Wert der Wahlstimme der ersten Klasse 52. Nebenbei ist es überaus wichtig, die Stimme des Wählers, die oben drein noch, weil öffentlich, unter der Kontrolle des Arbeitgebers abgegeben wird, wieviel jeder weiß. Die des Reiches reaktionärer. Der arme Mann in Preußen hat kein Vaterland, oder hat wenigstens keine Ursache zu haben.

Die Zusammensetzung des Dreiklassenparlamentes.

Bei den Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 erhielten in Preußen Stimmen:	Bei den Landtagswahlen vom 20. November desselben Jahres erhielten Abgeordnetenmandate:
Konservative 765 421	Konservative 148
Freikonservative 267 826	Freikonservative 54
Nationalliberale 645 468	Nationalliberale 79
Freisinnige 512 442	Freisinnige 81
Zentrum 1 174 598	Zentrum 97
Sozialdemokraten 164 008	Sozialdemokraten 0

Kann es einen besseren Beweis für die Tatsache geben, daß die Sozialdemokratie in der modernen Kulturwelt die Rolle des Christentums übernommen hat, daß sie die Partei der Unterdrückten und Beladenen ist? Als Vertreterin der Rechtlosen selber im Reichstag rechtlos.

Drei Jahre Volksvertretung.

In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Man kann das wahre Wesen der bürgerlichen Parteien nirgends besser beurteilen lernen, als an ihren Taten und ihrer Haltung im preussischen Dreiklassenparlament.

Am 16. Januar 1904 trat das neu gewählte Abgeordnetenhaus zusammen. Bereits am 10. Februar veranlaßte es durch einen Beschluß die gesetzliche Verhinderung „kontaktsbrüchiger“ Landarbeiter. Der kontaktsbrüchige, vielleicht unmenlichlicher Behandlung erziehende Proletariat, so wie dadurch dem Hungertode überantwortet werden, daß man Arbeitgebern und Arbeitsvermittlern, die einem kontaktsbrüchigen Landarbeiter Arbeit gaben oder vermittelten, mit Strafe bedrohte. Dieser menschlich schöne, wahrhaft christliche Beschluß entsprang einer Anregung der Zentrumsgesandten Herold und Arzrun. Der Antrag wurde gestellt vom Freikonservativen Arndt, zum Beschluß erhoben durch die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen, des Zentrums, der meisten Nationalliberalen. Die Reaktion, würdig vertreten durch den Schwärmerführer und Typensünder der Pöbelerei, sprach die Durchführung des Beschlusses; am 7. Mai 1904 ging dem Landtag eine entsprechende Regierungsvorlage zu, zu deren Eileidigung es aber nicht kam, da sie allen offensichtlich gegen die Verfassung verstieß!

Anfang 1904 ist die preussische Eisenbahnverwaltung 27 Arbeiter, die zum Teil fast ihr ganzes Leben dem preussischen Eisenbahnwesen gewidmet hatten, aus dem Dienste, weil sie sich einer modernen Gewerkschaft angeschlossen hatten. Dieses Vorgehen fand am 9. März 1904 die jubelnde Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im Januar 1905 brach der große Bergarbeiterstreik aus. Die Sozialdemokraten verlangten den Entlass der Reichsbeigeordneten durch den Reichstag. Sie forderten im Interesse der Bergarbeiter unter anderem: Kurze Schichtzeiten für Arbeit an gesundheitsgefährlichen Orten, Beseitigung des Wagenmüllens, Wahl von Wagenkontrollanten, Grubenkontrollanten und Arbeiterausschüssen durch die Belegschaft. Das Zentrum schien auf diese Anregungen einzugehen, half aber zugleich, die Angelegenheit nach dem preussischen Landtag zu verschleppen, wo das geplante Arbeitergesetz auf einem Arbeitergesetz umgewandelt wurde. Am 26. Mai beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, dessen Hauptinhalt der folgende ist: Das Ruhen wird abgeschafft, und durch andere Strafen im Bergbau ersetzt; abgelehnt wird der familiäre Marxalbeitsvertrag (für Arbeit an heißen und nassen Orten); die Arbeiterentschädigung, die in der zweiten Fassung abgelehnt worden waren, werden angenommen mit der Maßgabe, daß erst nach drei Jahren Arbeit auf einer jeden Wahlberechtigung eintritt, daß nur gewählt werden kann, wer über drei Jahre auf ein und demselben Werke in Arbeit und über 30 Jahre alt ist, daß der Ausschuss darauf verpflichtet wird, das „gute Einvernehmen“ der Arbeiter mit den Herren zu wahren, diesen nur die beschriebenen Wünsche der Arbeiter vorzutragen, sich aufreizender Tätigkeit zu enthalten, andererseits er nach „nachlässiger Verwarnung“ von der Bergbehörde angefaßt wird. Diese mehr als rühmlichen Bestimmungen wurden am 18. Mai vom Zentrum durch den Mund des Adiner Abgeordneten Trimborn als „Ungehörlichkeiten“ und „Abnormitäten“ für unannehmbar erklärt, am 26. Mai aber, genau acht Tage später, vom Zentrum, einschließlich des Herrn Trimborn, angenommen und zum Gesetz erhoben.

Am 3. November 1904 beging das Abgeordnetenhaus seine einzige freiwildige Tat. Es beschloß die Aufhebung der disziplinarischen Arreststrafe für Unterbeamte. Die Regierung stimmte aber dem Beschluß nicht zu. Feindschaft zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus ist deswegen nicht entstanden.

Am 30. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, durch welches in Pommern, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Provinz Sachsen und Westfalen den Boden die landwirtschaftliche Anbaubelastung unterfaßt werden kann. Für die es von der Regierung ausgehende verfassungswidrige Gesetz stimmten die Konservativen und die Nationalliberalen.

Am 17. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus, um endlich doch einmal für das Volk zu tun, den Soldaten fromme und patriotische Siederbücher zu schenken.

Am 15. März gemahnte es den Ministern eine Gehaltssteigerung von 14.000 Mark jährlich.

Am 13. Mai 1904 stellten die Konservativen und Nationalliberalen den berühmten Schulstreik, der die preussische Volk-

schule im Prinzip darauf stellt, daß der Unterricht für protestantische, katholische und jüdische Kinder getrennt einzurichten ist und überall rein konfessionelle Schulen errichtet werden. In denen der ganze Unterricht auf religiös-konfessioneller Grundlage abzuwickeln wird. Am 6. Juli 1906 wurde das Schmachgesetz der Gewerkschaft in einer Form angenommen, die oben drein noch das Selbstverwaltungsrecht der Städte völlig zerstört.

Die sozialdemokratische Presse hatte leidenschaftlich dagegen protestiert, daß ein Volksgericht unter Ausschluß des Volkes über Volkskinder verhängt werde und verlangt, daß diese in das Volksleben tief einschneidende Frage einer Volksvertretung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Entscheidung überlassen werde. Darauf antwortete das Parlament des nationalen, indirekten und öffentlichen Wahlrechts, indem es mit den Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums beschloß, drei sozialdemokratische Abgeordnete strafrechtlich verfolgen zu lassen. Dierzehn Monate Gefängnis sind bis nun das letzte segnerische Ergebnis der preussischen Parlamentarbeit.

In der Frage der Ruffenhese, des Wirbelschmerz, der politischen Wahlfälschung und erpresserischen Verleitung eines Ruffen zum Landesverrat land die preussische Regierung die Mehrheit des Abgeordnetenhauses natürlich auf ihrer Seite.

So kennzeichnet sich das preussische Abgeordnetenhaus, bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum und einer schwach sich zeigen, bloß markierten Freisinnigen „Opposition“, durch seine Taten. In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Wahlrechtsbewegung und „Wahlreform“.

Die Schmach des preussischen Schulgesetzes deutsche die preussischen Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit und ihrem allzu geduldigen Verhalten endlich auf. Der 21. Januar, der 18. März, der 1. Mai 1906 haben gewaltige Kundgebungen des Proletariats, in denen ein endliches Ende der Dreiklassenwahlrecht stürmisch gefordert wurde. Am 21. Januar mobilisierte die preussische Regierung einen großen Teil ihrer Armee, den befürchteten, aber gar nicht beabsichtigten Straßendemonstrationen mit neugieriger Faust zu begegnen. Der Schrei des Volkes nach Gerechtigkeit sollte mit scharfen Schüssen beantwortet werden!

Und vier Tage nach dem ersten Gedanktag dieses 21. Januar finden die Reichstagswahlen statt!

Am 20. März 1906 brachte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus zwei Wahlrechtsvorlagen ein, deren einziger Zweck darin besteht, die Lebensdauer des Dreiklassenwahlrechts zu verlängern und eine Obstruktion der Sozialdemokraten bei den schwerfälligen Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen unmöglich zu machen. In diesem Behufe wurden einige übergroße Wahlkreise geistigt und zehn neue Kreise geschaffen, ferner einzelne Wahlorte in den Mittelpunkt der Wahlbezirke verlegt. Die Wahlrechtsdebatten, die bei Beratung dieser Vorlagen geführt wurden, ergaben, daß außer den Konservativen keine bürgerliche Partei es mehr wagte, sich zum Dreiklassenwahlrecht zu bekennen. Dieses hat also im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit mehr, die für seinen Fortbestand offen eintritt. Nichtsdestoweniger erklärten sich die Nationalliberalen für einwirkende Gegner des gleichen und geheimen Wahlrechts und traten für öffentliches, nach Besitz, Alter und Bildung abgestuftes Wahlrecht ein. Zentrum und Freisinnige behaupteten Anhänger des gleichen und geheimen Wahlrechts zu sein; auf die sozialdemokratische Forderung, sie sollten in Konsequenz dieser grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Gleichwohlfrage der Regierung stimmen, die doch nur dazu dient, dem Dreiklassenwahlrecht das Leben zu fristen, gingen sie aber nicht ein, sondern sie stimmten für die Regierung des Dreiklassenwahlrechts und deren Vorlagen.

Auf zur Befreiung: Wahlkampf ist Wahlrechtskampf!

Haben die entrechteten und verhöhnten preussischen Staatsbürger dritter Steuer- und Wahlklasse also keine Möglichkeit, eine neue Linie beimzugreifen, Bevollmächtigte zu bestrafen und dem guten Recht zum Siege zu verhelfen? Und kann die nicht preussische Bevölkerung des Reiches nicht dazu tun, um den schwer kämpfenden Unterdrückten des schwarzweißen Gewaltrechts zu Hilfe zu eilen?

Doch, sie können es! Der 25. Januar gibt ihnen die Gelegenheit dazu. Am 25. Januar ist jedermann in Preußen als Reichsbürger gleiches Wahlrecht! Am 25. Januar können Bayern, Württemberger, Badenser, Hessen, Sachsen, Thüringer, Mecklenburger und Oldenburger mit daran helfen, den preussischen Stein aus dem Wege zu wälzen und der Entwicklung Preußen-Deutschlands zu einem freien Volkstaat die Bahn zu öffnen! Wer einem Feind des gleichen Rechts zum Siege verhilft, gibt sich damit selbst in die Knechtschaft, brüchmigt sich damit selbst seine Unfähigkeit und seinen Unwert! Nur, wer zum gleichen Recht und dem einig entschiedenem Vertreter, den Sozialdemokraten, steht, wahrt seine Würde als Mensch und Staatsbürger!

In Preußen, Sachsen und im ganzen Reich: Keinem Feind des gleichen Landtagswahlrechts eine Stimme!

Parteigenossen!

Sammelt Geld für die Reichstagswahlen!
Liefert die aufliehenden Sammellisten sofort ab.

Parteigenossen!

Verins-Kalender, Breslau.

Gewerkschaftshand.

Dienstag, den 8. Januar.
General-Verband der Maurer, Abends 7 Uhr: Allgemeine Mitglieder-Versammlung im großen Saale.
Schimmacher und Schirmnäherinnen. Wichtige Versammlung, Zimmer 2.
Mittwoch, den 9. Januar.
Nebeler-Kaufleute-Verein, Generalversammlung, Sonntag, den 13. Januar.
Männer, Nachmittags 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Vorstand des Genossen Kreises: Die bevorstehenden Reichstagswahlen, Zimmer 2.
Frau Turner-Verein, Abends 6 Uhr: General-Versammlung, Zimmer 2.
Verband der Schneider, Nachmittags 4 Uhr: General-Versammlung, Zimmer 2.
Stiel-Arbeiter-Verband, Vormittags 10-12 Uhr: Kassensitzung, Zimmer 7.

Montag, den 14. Januar.
Zahlerverband der Schuhmacher, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Wunsch der Ortsverwaltung, Zimmer 2.
Wahlkämpfe der Diktator- und Vorkämpfer des Sozialdemokratischen Vereins:
Diktator 3 (Grüßener Vorst.)
Diktator 16, Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Reichstags- und Stellvertreter. In Anbetracht des Wahlkampfes ist aller Erscheinung notwendig.
Diktator 6 (Kollator).
Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Reichstags- und Stellvertreter. In Anbetracht des Wahlkampfes ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Mittwoch, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Reichstags- und Stellvertreter. Sämtliche Kontrollarbeiten sind mitzubringen. Abrechnung und Verteilung der Arbeiten zur Reichstagswahl. Erwartet wird, daß zu dieser Zusammenkunft jeder erscheint.

Beste 1 u. 8. Donnerstag, den 10. Januar: Zusammenkunft und Wahlabend. Die Mitgliedbücher werden ausgeben. Alle müssen erscheinen.
Beste 5, 6, 7 u. 14. Sonnabend, den 12. Januar. Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend. In Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen erwarten wir, daß jeder erscheint.
Diktator 8 (Oberer).

Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Ausgabe der neuen Parteipostkarte im „Ballhof“. Sämtliche alten Postkarten müssen mitgebracht werden.
Diktator 14 (Obstler Tor).

Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder bei Langemann, Vorwerkstraße 61. Ferner sind die Genossen, welche am Wahltag mitgehen wollen, werden eingeladen.
Land-Diktator 2 (Kaufmann u. Schmiedefeld).

Freitag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft bei Koll. In Anbetracht der Reichstagswahlen ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Beste 1 u. 8 i. Ohlau. Wähler-Versammlung Sonntag, den 13. Januar, bei Schaar.
Freitag, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Bericht von der Zahlstellenleiter-Konferenz. 4. Wahl des Schatzmeisters.

Gleitsch. Öffentliche Mitglieder-Versammlung, Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referent: Robert Albert.

Schweidnitz. Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen Dienstag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Zeltgartens, Reichshauerstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Vertha Lungwitz aus Berlin über das Thema: Die Frauen und die Reichstagswahlen. 2. Freie Diskussion für jedermann. — Den Gemeindefreiwirtschaftlichen zur Kenntnis, daß die am 12. d. Mts. geplante kombinierte Mitglieder-Versammlung ausfällt. Das Gewerkschafts-Komitee.

Striegau. Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Bergstraße“, zu Gröben. Tagesordnung: Die Frauen und die Reichstagswahlen. Referent: Frau Lungwitz-Berlin. Frauen sind eingeladen.

Cunnersdorf-Girschberg. Öffentl. Wähler-Versammlung Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in der „Andreaschenke“. Referent Rechtsanwalt Dr. James Broch-Berlin. Rechtsanwalt Ullrich ist besonders eingeladen.

Schneeberg. Öffentliche Wähler-Versammlung Sonntag, den 12. Januar, Abends 7 1/2 Uhr. Referent: Rechtsanwalt Dr. James Broch-Berlin. Rechtsanwalt Ullrich ist besonders eingeladen.

Varensgrund. Bericht-Abend. Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Große öffentliche Wähler-Versammlung. Tagesordnung: Der Wahlkampf und die Arbeit der Sozialdemokratie. Referent: Hermann Sacke. Eintritt 10 Pf.

Altwasser. Deutscher Kaiser. Freitag, den 11. Januar, Abends 7 Uhr: Große öffentliche Frauen-Versammlung. Tagesordnung: Die Frauen und die Reichstagswahlen. Referent: Genossin Lungwitz-Berlin und Hermann Sacke. Eintritt 5 Pf.

Freiburg. Öffentliche Wähler-Versammlung Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Germania“. Referent Genosse Hermann Sacke. Genossen, tratet für zahlreich ein! Der Einberufer.

Polenth. Donnerstag, den 10. Januar, Abends 7 Uhr, in der „Germania“: Große öffentliche Wähler-Versammlung. Referent: Reichstaatskandidat Hermann Sacke.

Friedland, Fr. Waldenburg. Öffentliche Frauen- und Wähler-Versammlung Sonntag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Küstenheimern“. Frau Vertha Lungwitz-Berlin referiert über: Die Frauen und die Reichstagswahl. Freie Diskussion. — Ihr politisch und wirtschaftlich rechtlosen Frauen und Mädchen erscheint in Massen. Eintritt Männer 10 Pf., Frauen 5 Pf. Der Einberufer.

Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist an Wochentagen geöffnet von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends. Freitag- und Sonntag-Nachmittag ist das Sekretariat geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und Expedition: Neue Gaudenzstr. 5/6. — Vertretung von Ostka 2. Jüh. — Druck von Th. Schacht G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Todesanzeige.
Am 8. Januar cr. verschied unser Freund und Kollege, der Klempner
Robert Franke
im Alter von 27 Jahren an den Folgen einer Operation.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.
Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vorbandes
Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 9. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr.
von der Leichenhalle zu Rothkreuzscham. 104

Stadt-Theater.
Dienstag:
Schauspiel Sigrid Arndtsen.
„Romeo und Julie“.
Mittwoch:
Schauspiel Sigrid Arndtsen.
„Salome“.
Donnerstag:
Schauspiel Sigrid Arndtsen.
„Romeo und Julie“.
Freitag:
Schauspiel Sigrid Arndtsen.
„Salome“.

Lobe-Theater.
Schauspiel:
„Die letzte Witwe“.
Schauspiel:
„Das Glashaus“.
Schauspiel:
„Die letzte Witwe“.

Breslauer Schauspielhaus
Schauspiel:
„Der Helfer“.

Liebig's Etabl.
Vollständig neues Programm.

Victoria-Theater
Neues Programm!
12 Attraktionen.
Abend 7 Uhr.

Sozialdemokratisches Liederbuch
von Max Kugel.
Preis 45 Pf.

Breslauer größtes u. lehrreichstes Kinematographen-Etablissement
für sprechende und singende Photographica.
Größe Elite-Familien-Vorführungen.
Abends 8 und 9 Uhr:
für erwachsene.
Jeden Abend 9 1/2 Uhr:
Sensational-Verführung
nur für Herren über 20 Jahre.
Die Heldentaten eines Neu! Detektivs. Neu!
Die Reise eines Adonars.
In den Tod getrieben!
Sensation! Sensation!
— Kinetographen —
Ein unumgängliches Bell.

Holcnnäherinnen
20 Holcnnäherinnen.
Kleider und Strohhüte in großer Auswahl.
Preis: 10 Pf. bis 1.000 Pf.

Möbel Spiegel Polsterwaren
Rein bezahlungsgegenständlich.
Preis: 10 Pf. bis 1.000 Pf.

Handbuch des Volksrecht.
Der gesunde und der kranke Mensch.
Preis: 10 Pf.

Wilhelm Langner, Zigarren-Fabrik
Bismarckstraße 38 5899
empfiehlt sein Lager feinstgefeilter Zigarren einer geneigten Beachtung.

Jugendliche Arbeiter aller Berufe!
abonniert:
Die junge Garde.
Organ des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands.
Erscheint monatlich 1 mal.
Preis p. No. 10 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Soeben neu erschienen:
Sozialdemokratie und Antisemitismus
von August Bebel.
Siede auf dem soziald. Parteitag in Berlin.
Preis 30 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Der Mensch und die Erde.
Die Entstehung, Gewinnung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur.
Vervollständigt von Hans Kraemer.
Preis des Buchs 60 Pf.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Die neuen Reichssteuern
wie sie wirken und was sie bedeuten.
Preis 20 Pf.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik
von August Erdmann.
Preis 35 Pf. Zu haben in Preis 35 Pf.
der Expedition der Volkswacht.

Ziele und Wege.
Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen.
Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Clara Felkin.
Herausgegeben von Adolf Braun.
Preis 20 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Kindersegen und kein Ende?
Ein Wort an denkende Arbeiter
von Fritz Brabpacher
Arzt in Zürich
Preis 30 Pfg.
Buchhandlung der „Volkswacht“.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Seit 10 Bänden.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Blut und Eisen!
Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit.
Hugo Schulz
in 30 Lieferungen à 20 Pfennig.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Zur Abrechnung mit den Volksfeinden am 25. Januar.

(Material zur Reichstagswahl.)

Sehr recht freundlich!

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist genötigt, die Wahlparole des Bismarck'schen Elbesterbriefes an Albert: Für Ehr und Ruh der Nation gegen Sozialdemokratie, Polen, Welfen und Zentrum „kraftlos“ zu finden. Eine besondere Keimzelle dieser Wahlparole ist, daß die Reihenfolge der Parteien gleichmäßig die Stärke des Gegenseites, in dem sich die Regierung zu jeder von ihnen stellt, andeutet. Zentrum ist also nur Schwärze Nr. 4. wahrlich die Sozialdemokratie immer noch den Vorzug hat, Schwärze Nr. 1 zu sein. Diese Anerkennung des unverbrüchlichen Gegensatzes zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung ist für uns sehr erfreulich. Je weiter von der Regierung, desto näher zur Nation. Kein Wunder, daß eine Regierung eine Partei hat von der sie genau weiß, daß sie schon wegen ihrer Unfähigkeit unverzüglich entlassen werden würde, wenn diese Partei zur Macht gelangt. Kein Gespenst der Vergangenheit liebt die lebendige Zukunft, aber man möchte glauben, daß schließlich aufgebau der bürgerlichen Parteienverbände jeder nicht ganz verfehlte Deutsche von einer Regierung mit der Schwärze Nr. 1 behandelt zu werden wünscht, die in einem Augenblick, da der große weltgeschichtliche Kampf der politischen Selbstbestimmung der deutschen Nation gegen die Reste des feudalen Absolutismus nun endlich beginnt, keine andere Weltanschauung hat, als daß sie ein recht freundliches Parlament zusammenzubringen möchte. Der deutsche Reichstag soll nicht die Vertretung der Nation sein, sondern die Photographie des Absolutismus. Vor allem aber wünscht die Regierung, auch die Konservativen mit freundlichen Mienen im neuen Reichstag zu sehen. Die Junker glauben, daß man ihnen das agrarisch verfehlteste Zentrum plöblich als unnational entziehen kann. Da befehlt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in aller Ehrerbietung die guten Konservativen, daß ein Reichstag auch für die Konservativen ein freundlicheres Gesicht haben würde, wenn sie nicht immer bloß mit dem einen Zentrum, sondern auch mit den Freisinnigen Mehrheit spielen könnten.

Das ist ebenso schmeichelehaft wie freundlich für alle Beteiligten. Für die Regierung, die Konservativen und die Freisinnigen. Alle Menschen werden Brüder, wenn nur der Reichstag ein für die Regierung und die Konservativen freundliches Gesicht erlangt.

Der Regen Bonapartes.

Mit diesen Bestandteilen der Menschengröße, der ruhigen Klarheit, dem festen Willen ausgerüstet, wäre er der Wohlthäter und Befreier der Menschheit geworden, wenn auch nur eine leise Ahnung der ständigen Bestimmung des Menschengeschlechtes in seinen Geist gefallen wäre. Eine solche fiel niemals in ihn, und so wurde er denn ein Beispiel für alle Zeiten, was jene beiden Bestandteile rein für sich und ohne irgend eine Anschauung des Selbstigen geben können. Es bildete sich ihm hieraus folgendes Erkenntnisgebäude: daß die gesamte Menschheit eine blinde, entweder gänzlich stagnierende oder unregelmäßig und verwirrt durcheinander und miteinander freitend sich regende Masse von Kraft sei; daß weder eine Stagnation sein solle, sondern Bewegung, noch diese unordentliche, sondern eine nach einem Ziele sich richtende Bewegung; daß selten und durch Jahrtausende getrennt Geister geboren würden, die bestimmt seien, dieser Masse die Richtung zu geben, dergleichen einer Karl der Große gewesen sei, und er der nächste nach ihm; daß die Eingebungen dieser Geister das Einzige und wahrhaft Göttliche und Heilige und die ersten Prinzipien der Weltbewegung seien, und daß für sie schließlich alle anderen Zwecke der Sicherheit oder des Gemüthes aufgeopfert, für sie alle Kräfte in Bewegung gesetzt und jedes Leben in Beschlag genommen werden müsse, und daß es Auflehnung sei gegen das höchste Weltgesetz, solchen Anregungen sich entgegenzusetzen.

Es ist allerdings wahr, daß alles aufgeopfert werden soll — dem Stillsitzen, der Freiheit; daß alles aufgeopfert werden soll, hat er richtig gesehen, für seine Person beschlossen, und er wird sicher Wort halten bis zum letzten Atemzuge; dafür bürgt die Kraft seines Willens. — Seine Denkart ist mit Erbdenheit umgeben, weil sie ihn ist und den Genuß verschmäht; darum verführt sie leicht erhabene, das Rechte nur nicht erkennende Gemüther. — Nur soll es eben nicht geopfert werden keinem eigensinnigen Egoismus; diesem aufgeopfert zu werden, ist er selbst sogar nicht zu edel; der Freiheit des Menschengeschlechtes solle er sich aufopfern und uns alle mit sich, und dann müßte zum Beispiel ich ihm nachhelfen in die heilige Opferflamme.

Wörter der Freiheit waren in manchen begünstigten Schlägerungen an ihn gekommen; ganz unbekannt war ihm damals nicht der Begriff, und daß er gedacht würde. Wäre nur irgend eine Verwandtschaft dieses Begriffes zu seiner Denkwelt, irgend ein Funke des Verständnisses dafür in ihm vorhanden gewesen, hätte er den Joes nicht aufgegeben, wohl aber das Mittel gesucht. Es hätte sich ihm nicht verborgen, daß dieses sei eine höchlich mehrere Menschenalter dauernde regelmäßige Erziehung der französischen Nation zur Freiheit.

Fichte (1815).

Zentrum und Volkrecht.

Das Zentrum führt den gegenwärtigen Wahlkampf mit demokratischen Mitteln. Die Kunst der Inbegriffung können die politischen Parteien der allein selbstmachenden Stärke nicht nur auf dem Reichstage, sondern auch auf dem parlamentarischen Gebiet. Das Zentrum vertritt das Volk, dessen Recht es vor den Herrenhandlungen gemeinsam mit der Regierung, der Nationalliberalen und Konservativen vertreten hat, ist mit sozialdemokratischen Wendungen. Insbesondere vertritt Herr Engelberger immer wieder, daß der Reichstag weder der Hofstaat noch der Hof der Regierung sein sollte. Dieser Vorbehalt des Zentrums in der Richtung des parlamentarischen Reiches wäre dankenswerth, wenn er früher gekommen wäre, wo die Partei noch von der Anwesenheit der Regierung befreit wurde. Parlamentarisch sind auch die Junker, sofern sie nämlich das Parlament bezeichnen, und so ist auch das Zentrum. Nicht grund-

sätzlich für den Parlamentarismus, für die Aufhebung der Politik der Nation durch die Nation und deren Vertreter selbst, sondern auch das Zentrum will nur das Parlament zur Herrschaft bringen, wenn das Parlament das Zentrum zur Herrschaft bringt. Das Zentrum ist weit davon entfernt, prinzipiell unter allen Umständen dem Volke selbst die Entscheidung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu sichern. Wenn das Volk im Sinne des Parlamentarismus nicht spricht, so ist es im Grunde eine bloße Marionette, die dem Willkürherrscher des Wahlrechts wie das Heberlein des Willkürherrscher vom Willkürherrscher des Parlaments schreibt, wenn das Parlament seine eigene Meinung und nicht die der Regierung verleiht. Das Zentrum will eine realistische Natur haben, das es genau wie die Junker und die Regierung jeden Gebrauch politischer Rechte als Mißbrauch betrachtet, der für den Reichstag Gebrauch ist. Am 28. Januar 1904 hat der preussische Landtag der Junker des Zentrums mehr preisgegeben als das Parlament und dem Parlamentarismus: die Grundzüge des parlamentarischen Systems, das demokratische Wahlrecht. Herr Hofmann wandte sich gegen die Einführung des Reichstags-Wahlrechts in Preußen besonders deshalb, weil, wie er wörtlich ausführte: „hoch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das beste Ideal nicht anerkannt werden kann und es doch, wie es sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgebeugt werden.“

Das ist die runde und nette Abgabe des Zentrums an das Reichstagswahlrecht, das es nur solange noch dulden wird, als es ihm nützt, zu dessen Beseitigung aber es sofort schreiten wird, wenn das Volk von ihm einen anderen Gebrauch macht, als es dem Zentrum dient.

15,682 Sklavenstaaten in Preußen!

Wer ist der Herr Preußens und Deutschlands?

Das Volk? Nein, denn es hat keinerlei Recht, seinen Willen durchzusetzen? Der König? Nein, denn er darf nur regieren, wie es dem wirklichen Herrn von Preußen gefällt.

Ist Preußen überhaupt ein Staat? Nein. Preußen ist immer noch eine Ansammlung von kleinen selbständigen Fürstentümern, an denen der bloße Begriff eines Staats fehlt.

Das alte Preußen, von dem Napoleon die Welt zu befreien suchte, bestand aus einer Reihe von Domänen des Königs und des Junkertums.

Der Junker war Herr über seine Untertanen. Er schrieb ihnen vor, was sie ihm zu bezahlen hätten, er bestimmte das Maß ihrer Abgaben an Diensten und Naturalien für den anständigen Herrn. Er hatte die militärische Kommandogewalt über seine Bauern, er war ihr Richter und ihre Polizei. Ohne seine Erlaubnis durfte sich der Untertan nicht aus dem Gutsbezirk entfernen, er durfte sich auch nicht verheiraten, seines Besitzes auch nicht entäußern.

Diese altpreussischen Gutsbezirke, diese Anarchie selbständiger Privatstaaten sind bis zum heutigen Tage erhalten. Nach der neuesten Statistik gibt es nur 1279 Städte in Deutschland, aber 15,682 Gutsbezirke, in denen der Besitzer zwar nicht mehr jene unbeschränkten Rechte des Feudalstaates dank Bonapartes Organ hat, in denen er aber noch immer die polizeiliche Gerichtsbarkeit hat und die soziale politische Einwirkung auf seine „Untertanen“ nicht viel geringer ist, als in der Zeit der Erbuntertänigkeit.

In diesen 15,682 Gutsbezirken, die Preußen in einen Haufen von kleinen Sklavenstaaten zerreißen, wird die preussische und deutsche Politik vorbereitet und zubereitet.

Gegen die Regenregierung hat Fürst Bismarck die deutschen Wähler aufgerufen, damit die Oberregierung der 13 1/2 Tausend Feudalherren um so kräftiger wachse!

Das deutsche Volk wird beherrscht von diesen 15,682 Inhabern von Gutsbezirken; sie sind der Staat, sie sind das Reich, sie sind die nationale Ehre!

Freisinn und Konservative.

Die Aufforderung des Fürsten Bismarck an die Linksliberalen mit den Konservativen gemeinsam die rote und die schwarze Gefahr, die Polen und die Welfen, zu bekämpfen, in wenige Monate nach jener lebhaften Polemik erfolgt, welche die konservativen Blätter gegen die vermeintliche verfassungsmäßige Revolutionierung der deutschen Südstaaten gerichtet hat. Im Sommer vorigen Jahres erklärte die Kreuzzeitung Württemberg den Krieg und schalt insbesondere auch die erste Kammer Württembergs, weil man sich auf die Verfassungsreform eingelassen habe. Das Junkerorgan führte höchst drohende Reden gegen die Freisinnigkeit nationaler Rechte durch die württembergische Regierung und das württembergische Parlament. Fast schien es, daß man dem schwäbischen Demokraten und der ihnen folgenden württembergischen Monarchie eine preussische Expedition in Aussicht stellen würde. Vor wenigen Monaten betrachteten die Konservativen den Rhein als preussische Nationalgrenze, und die süddeutschen Volksparteier schienen ihnen die allergefährlichsten Feinde, deren angedrohte Seuchengefahr man durch strenge Sperre vom preussischen Boden fernhalten müsse. Am 12. Juni 1906 schrieb die „Kreuzzeitung“:

„Daß man den Stuttgarter Abgeordneten so weit entgegengekommen ist, bedauern wir nicht, zumal jede neue Erfahrung zeigt, daß ihr Einfluß schwindet, und daß ihr Erbe die agitatorisch ebenso wenig wackerliche Sozialdemokratie ist. Ob nun Ruhe eintreten wird? Das zu glauben, erfordert Verstand und die Dilettanten der demagogischen Methode der radikalen Parteien. Wenn die neue erste Kammer den radikalen Vorkämpfern in der zweiten Kammer nicht zu Gefallen handelt, so wird das Reformgesetz bald wieder losgehen. Da es in der Natur des Radikalismus liegt, die unumkehrbare Herrschaft über wenige abstrakten Führer anzunehmen, und daß man sich nicht getraut hat, in ein verwickeltes Netz der parlamentarischen Massenpsychologie. Die Reformen sind in den Südstaaten eine epidemische Krankheit. Sie gehört aber die richtige Behandlung dazu, um sie nicht über den Rhein greifen zu lassen.“

Heute erlauben die süddeutschen Revolutionäre den preussischen Junkern den Rhein zu überschreiten und aus dem Reichstag ein deutsches Herrenhaus nach preussischem Muster zu gestalten. Auf der anderen Seite ist die Regierung des Fürsten Bismarck und erlauben die Konservativen den Volksfeinden von offenem, daß sie konservativ bleiben dürfen. Seitdem sich engen Kreisen durch seinen Jökulstrom um den Lebensmittelmacher der Junker zu hervorragende Verdienste erworben hat, sind die Konservativen überhaupt ernüchtert, dem Freisinn alle erwünschten Rücksichten für die heilige konservative Sache anzuwenden. Um die gleiche Zeit, als die „Kreuzzeitung“ jene Kriegserklärung gegen die süddeutschen Volksparteier löschte, forderte sie die Freisinnigen zur Bekämpfung auf, um durch einen genauen Sondiertrieb die ganze Umsturzelohre ein für allemal zu beseitigen. Die „Kreuzzeitung“ berichtete, daß ein ungarischer Justizminister, Herr Polanyi, den Bedanken der Reichstagsmitglieder von gefährlichen Elementen dadurch zu verhindern, daß man dem Parlament selbst das Recht erteilte, Mandate von vaterlandseindlichen Abgeordneten zu streichen. Dieser Justizminister Polanyi hat, so führte die „Kreuzzeitung“ aus, in jeder Hinsicht ein Mann nach dem Herzen des deutschen Freisinnigen, und das führende Blatt der Konservativen Preußens fügte auskunftreich hinzu:

„Wird in Ungarn durchgeführt, was er angekündigt hat, die Annullierung von Mandaten, deren Inhaber Anarchisten oder Sozialisten sind, durch das Parlament selbst, so erwägen vielleicht die deutschen Freisinnigen und Demokraten, ob auch in Deutschland der Weg gangbar ist, auf den ihr Gefinnungsgenossen in Ungarn hingewiesen hat.“

Die Annullierung der „Kreuzzeitung“ geht sowohl mit welchen Plänen die Konservativen sich unablässig tragen, als auch das Vertrauen, das die junkerlichen Staatsrechtler gegenüber den Männern des bürgerlichen Freisinnigen haben, daß sie mit dabei sein werden, wenn es gilt, das einzige deutsche Volkrecht zu stillieren. Das Mittel, mißliebige Parteien, solange sie in der Minderheit sind, durch einfache Unqualitätsverklärung ihrer Mandate aus der Welt zu schaffen, ist ja unfehlbar. Es würde heute nach dem Wunsche des deutschen Reichstages nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen das Zentrum, Polen und Welfen angewandt werden. Und der Freisinn würde beanndet werden mitzubellen.

Staatsmänner.

Ein solcher Politiker hat eine Anzahl von Fällen und von gelungenen Maßregeln, welche andere vor ihm in diesen Fällen genommen haben, in seinem Gedächtnisse vorräthig. Was ihm auch vorkommt, denkt er an einen jener Fälle, und beschließt wie einer jener Politiker vor ihm, deren einen noch dem anderen er aus dem Grabe erweckt, in seinem Jüngling wieder darstellt und so einen politischen Lebenslauf wieder aufzuheben, ohne aus sich selbst etwas hinzuzufügen. Ein solcher wäre bloß zu befragen, wenn dem diejenigen, die die von ihm gebilligte und nachgeahmte Maßregel zuerst gebraucht, nachgehört hätten; und worauf sie denn bei Ergründung derselben getrachtet, ob auf vorhergegangene Erfahrung oder auf Raffiniert? Es wäre zu erinnern, daß alles, was nun alt ist, irgend einmal neu gewesen; daß das Menschengeschlecht in diesen Zeiten doch unendlich so herabgelommen sein könne, daß ihm nur noch Gedächtnis und Nachahmungsvermögen übrig geblieben.“

Fichte. (Der geschlossene Landelsstaat.)

Gleich und gleich.

(Den liberalen Kaffernartellisten ins Stammbuch.)

Gleich und gleich geht sich gern,

Wer du bist, bring dein Begleiter.

An dem Knecht kennt man den Herrn

An der Fahne ihren Streiter.

Was du willst noch so fern,

Ist nach Tagen oder Wochen

Daß, als ob du's selbst gesprochen.

Grillbarger.

Kleine Nachrichten.

Bisher für den Wahlkampf. Dem Parteivorstande in Berlin wurden für die Reichstagswahl abgemittelt:

Vom Verband der Bauhilfsarbeiter, Zweigverein Berlin 1000 Mark. Vom Zentralverband des Bergbaues der Danzigs, Transport-, Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands 6000 Mark. Vom Zentralverband des Bergbaues der Schumacher 200 Mark. Vom Zentralverband der Drahtarbeiter, Sektion II Berlin 500 Mark. Vom Vorstand des Allgemeinen deutschen Werftarbeiterverbandes, Sitz Berlin, 300 Mark. Das Gewerkschaftskartell in Wiesbaden hat beschlossen, bei den einzelnen Gewerkschafts-Abteilungen anzuregen, für jedes Mitglied 50 Pf. an den Wahlfonds abzugeben.

Russische Revolution.

Die Regierung empfiehlt „Stroh zu essen“.

Unter der hungerleidenden Bevölkerung wüthet die Cholera und Typhus. Mehrere Gouvernements sind durch den „Rothlauf-Panama“ ohne das nötige Getreide geblieben. In anderen ist von den Lieferanten und Kommissionären der Regierung untaugliches Getreide zugehakt worden. Dort, wo Getreide verteilt wird, ist das auf jede Familie kommende Quantum so gering, daß es völlig ungenügend ist, um die Hungerleidenden auf eine menschenwürdige Weise zu ernähren. Nun aber ist die Regierung auf ein prehistorisches Mittel verfallen, um die Ordnung zu bringen. So wie der englischen Parlamenten in früheren Jahren Regale von billigen Suppen ersuchen haben, um die darbenenden Proleten auf diese Weise zu versorgen, so hat jetzt auch die russische Regierung die hungernden Bauern mit einem praktischen Rezept versorgt. Sie empfiehlt den Bauern, Stroh aus Stroh zu essen. Der Stroh, eine landwirthschaftliche Beilage zu dem Stroh, die Regierung hat, ist ungenügend. Sie empfiehlt die Anwesenheit darüber, wie Stroh zubereitet werden soll. Die Bauern sollen das Stroh vom Un-

gestellt worden wäre, es sei aber sein eigener Wunsch (1) gewesen, in der Schiedsfrage transponiert zu werden. Er habe die Schiedsfrage vorgezogen, weil dieser Transport nicht so erschwerend auf seine Angehörigen wie die Fortsetzung haben die Bergleute gekämpft, um eine menschliche Behandlung der Verunglückten, und da steht dieser Mann — im „Einfachen“ Gewerbeverein organisiert — auf dem Transport auf einer Schiedsliste. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen Franzes für äußerst schwer und beantragte drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf 250 Mark Geldstrafe.

Von der Verhinderung des militärischen Strafvollzuges. Ein Brief vom Genossen Hart — aus seinem kranken Kanton zu Rastatt — wird im Reichs-Vollrecht veröffentlicht. Er bemerkt, dass sich dieselbe darüber, dass er bedeutend mehr als beabsichtigt erhalten wird, wie die üblichen Chancen, dass er mit dem Müssen von D. Michelson beschäftigt wird usw. In mechanischer Arbeit wird unter ansehnlicher Verdienstmöglichkeit, geistiger Natur, unbedingt bedürftige Genossen gewonnen.

Der Finanz- und Straub der Pariser „Humanité“. Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufsatz an die Arbeiter Frankreichs, aus dem zunächst hervorgeht, dass der Streik vom Oktober nicht ungebrochen verläuft ist. Vor dem 6. Oktober zählte unter Pariser Arbeiter nur 3600 Abonnenten, heute ist die Zahl auf 7615 gestiegen. Bekanntlich ist in Frankreich der Einzelverkauf vorherrschend, und so beträgt die ganze Auflage 60.000. Da die Zeitungsverkäufer einen großen Teil des Profites (5 Proz. pro Nummer) davon nehmen, so genügt diese Auflage noch immer nicht. Die in dem Artikel weiter bekannt gegeben wird, ist aber bereits noch ein Defizit vorhanden; vor der Krise betrug die Unterbilanz 13.000 Francs pro Monat, jetzt nur noch 10.000 Francs. Das ist noch trübler kein gesunder Zustand. Vom 15. April aber werden sich die Generalausgaben um 1000 Francs verringern. Im übrigen sind alle öffentlichen Ausgaben bei dem Papierstreik und dem Streik zurückgegangen. Es werden sodann die einzelnen freiwilligen Gelder, unter anderem auch die 25.000 Francs von der hiesigen Pariser Partei, angeführt und festgestellt, dass diese Summe den festen Grundrentenfonds ausmache. Die neu gebildete Arbeiter-Gesellschaft nimmt, nachdem sie sich mit der alten Gesellschaft, die übrigens große Opfer gebracht hat, auseinandergesetzt hat, 3000 Aktien a 25 Francs auszugeben und fordert nun die französischen Parteigenossen auf, sich an der Bekämpfung zu beteiligen und für seine Abnahme zu sorgen, damit in Wäldern jede Gefährdung des Blattes ausgeschlossen ist.

Die spanische sozialistische Partei im Jahre 1906. Schärfer als in anderen Jahren hat sich in diesem Jahr in Spanien die Krise auf dem Arbeitsmarkt ausgeprägt und die Partei ist dadurch unmittelbar sehr stark berührt worden und zwar in Bezug auf ihre Stärke und auch ihre Taktik. Die Propaganda ist etwas geringer gewesen als in den zwei vorigen Jahren. Sie hat sich insofern über die Mittelmeersee erstreckt, in anderen Gebieten wurde sie durch die unzureichende Aufmerksamkeit lahm gelegt. Die Agitation gegen die Lebensmittelsteuer, gegen unzureichende Verurteilungen aus Anlass der großen Streiks in Biscaya und Santander, die Kundgebungen zu Gunsten der russischen Revolutionäre gab genügend Anlass zu wirksamer Betonung des sozialistischen Gedankens. Besonders wirkungsvoll war die Stellungnahme für unsere Genossen Botana und Maceba.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Januar.

Geschichtskalender.

8. Januar.

- 1642 Der Philosoph und Astronom Galileo Galilei zu Arcetri bei Florenz †.
- 1822 Der Naturforscher und Reisende Rufus Wallace in Uss (Montmouth) †.
- 1867 Wilhelm Stolz, Gründer des Stolzeischen Stenographensystems †.
- 1892 Umsturzdebatten im deutschen Reichstag.

Die vielgerühmten Leistungen der Volksschule

erfahren eine eigentümliche Beleuchtung durch eine Statistik, die der preussische Handelsminister in verschiedenen Orten aller Provinzen hat vornehmen lassen. Vielfach waren Klagen darüber laut geworden, daß die neu aufgenommenen Fortbildungsschüler gar so geringe Leistungen im Deutschen und Rechnen als Erbe aus der Volksschule mit herüber brächten. Es wurde daher in dem oben erwähnten Umfange eine gleichmäßige Prüfung der eintretenden Fortbildungsschüler vorgenommen und diese ergab das folgende Resultat:

Abgeliefert wurden 4934 Arbeiten im Deutschen und 4332 Arbeiten im Rechnen. Im Deutschen wurde ein kurzer Text geschrieben, im Rechnen wurden vier Aufgaben gestellt. Nach Durchsicht der Arbeiten von einem Schulmann ergab sich folgendes Bild: 1) Deutsch: 67 Prozent der Arbeiten in ganz Preußen waren genau und besser der Besten schiedet besser als als der Dänen. In den einzelnen Provinzen betrugen die Leistungen in Preußen bei 82 Prozent, Hessen-Nassau bei 75 Prozent, Sachsen bei 75 Prozent, Rheinprovinz bei 71 Prozent, Westfalen bei 70 Prozent, Schleswig-Holstein bei 68 Prozent, in Schlesien bei 67 Prozent, Ostpreußen bei 61 Prozent, Hannover bei 57 Prozent, Westpreußen bei 47 Prozent, Posen bei 46 Prozent und Pomern bei 43 Prozent. Von den vier Rechenaufgaben waren mindestens drei gelöst im ganzen Staat von 33 Prozent. Auf die einzelnen Provinzen verteilt: In Preußen von 44 Prozent, Hessen-Nassau 44 Prozent, Rheinprovinz 43 Prozent, Westfalen 39 Prozent, Sachsen 38 Prozent, Ostpreußen 32 Prozent, Hannover 31 Prozent, Schleswig-Holstein 30 Prozent, Schlesien 27 Prozent, Westpreußen 20 Prozent, Pomern 20 Prozent, Posen 19 Prozent. Keine einzige Aufgabe wurde richtig angerechnet in den westlichen Provinzen von 11, in den östlichen von 18 Prozent (Posen 31 Prozent, Rheinprovinz 8 Prozent).

Das ist an sich schon ein Resultat, das als tief befriedigend für unsere angeblich so gut und so hoch dastehende Volksschule bezeichnet werden muß. Aber aus der Statistik hervor, zeigt sich die Mangelhaftigkeit einer von schon je aufgestellten Behauptung: daß dort, wo Junker und Geistlichkeit besonders herrschen, auch die Volksschule am schlechtesten ist, in Schlesien, in Posen, in Westpreußen und in Pomern. Gleichwohl sind aber diese Provinzen mit den schlechtesten Schulern auch wieder diejenigen der wirtschaftlich am tiefsten stehenden Arbeiterbevölkerung. Und das neue Volksschulunterhaltungs-gesetz soll die Schule noch mehr den Junkern und der Kirche ausliefern!

Die Notleidenden an der Arbeit.

Die schlesischen Agrarier blieben am Montag im Saal des Provinzialparlamentes in Breslau über Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Dietrich-Camrau, führte einleitend aus, daß die Landwirtschaft eine gute Ernte und zufriedenerstellende Preise erzielt habe. Dem der Not der Landwirtschaft war auf der ganzen Versammlung nichts zu holen, dafür war man des Lobes voll über „Se. Excellenz vom Pöblich“ und Wilton. Am Ende der Sitzung referierte über:

„Unsere Aufgaben in erster Zeit“. Die Internationalisten an dem Redner war wieder die beliebte Wortwahl, die er anwählte. Die Rede selbst hätte inhaltlich ebenso gut bei einer Arbeiterversammlung gehalten werden können. Der Sozialdemokratie soll Dertel gewollt an den Redner. Der deutsche Kaiser braucht Männer, die mitmachen: für des Deutschen Reiches Erneuerung. Der Bund der Landwirte wird diese Männer stellen, selber werden sie wohl nicht viel zu tun bekommen, denn, wie Dertel ausführt, wollen „die Genossen, die blauen Bohnen ein geschäftliches Kampfmittel sind“. Aber gerade deshalb muß sie sich bemühen werden, die Sozialdemokratie in Frage zu bringen, und Dertel weiß, wie man das macht, man stellt sie ein wenig außerhalb der Verfassung. Dazu hat man auch ein Recht, denn unsere Verfassung ist monarchisch, die Sozialdemokratie aber unmonarchisch. Nach diesen Ausführungen ging dann mit Dum-Dum los gegen die Leute vor auf dem Lande. Wie man diese abstellen will, wurde nicht gesagt, durch Zahlung höherer Löhne jedenfalls nicht. Die „Freiwilligkeit“ muß aber beibehalten werden, das wird einigermassen zur Veränderung der „Leuten“ mit beitragen.

Nach Dertel sprach Wagnersheim. Er behauptete unter anderem, in den nächsten Wochen würden sechs Mark Lohn pro Tag nicht freier Verfügung gesetzt, trotzdem erbittert die Arbeiter keine Arbeiter. Für 10 bis 20 Mark wollten die Arbeiter der Saison nicht so abgeben sein, sie zu überlegen, ob sie aus dem Land gehen wollten. Weiter hörten wir, das Geschrei von der Freiheit sei „eine Gemeinheit“. Dem Freilinn, dessen Presse solche Gemeinheiten mitbringen hat, wurde dafür der Kompromiß-Vorschlag der „Schulzeit“ sehr wohl auf die Leute aufgetragen.

Als ganzer Mann zeigte sich auch Herr v. Wollnasth. Die Rede: Gegen die Sozialdemokratie hilft keine Verammlung, sein Reden, auch der Reichsverband hilft nicht. Dagegen ist es sicher helfen, wenn man den Sozialdemokraten den Brotkorb nicht abhandelt. Wie die Löhne müssen so lange erhöht werden, bis alle Werke alle verunreinigen, besterbeden wir schon. Doch nein, er will den Sozialdemokraten bloß die Rentenanstalten entzogen haben, und so brachte er folgende Resolutionen ein:

„Für Bekämpfung der Sozialdemokratie ist die Reform der Rentenversicherung durch vorläufige Ausgestaltung der Beitragspflicht und Festsetzung mehrerer. Es darf damit von so weniger erwartet werden, als die Zusammenlegung der Rentenanstalten für die Veranschaulichung und Vereinfachung der ersten unentgeltlichen Schritte bedeutet.“

Zum Wort meldete sich niemand hierzu, denn die meisten der „Lauern“ kuckten selbst nicht, um was es hier handelte, dagegen erhoben sich bei der Abstimmung ein halbes Dutzend dafür. Wollnasth glaubt, daß damit der Bund der Landwirte in Schlesien im Kampf wider die Sozialdemokratie den Stuhl ins Rollen gebracht hat.

Trinkt kein Zeitungswasser!

Unsere Wasserharmlosigkeit ist wieder bis zur völligen Unerschwinglichkeit gediehen. Am 7. Januar betrug der Mangan-gehalt bzw. Manganinsolgehalt nicht weniger als 2,4 bzw. 5,0 mg Mangan auf das Liter. Der Magistrat sieht sich deshalb veranlaßt, folgende Warnung an die Bevölkerung zu richten:

In der jetzigen Jahreszeit ist es, trotz größter Vorsicht bei der Filtration, nicht möglich, die gegenwärtig, wie immer zur Winterzeit, im Oberwasser in vermehrter Zahl auftretenden Keime durch die Sandfilter des Wasserwerks in dem Maße zurückzuhalten, wie sonst. Eine stärkere Verwendung filtrierten Oberwassers ist aber für die nächste Zeit notwendig, weil ein Teil der für die Entleerung des Grundwassers zur Verfügung stehenden Röhren- und Filterkörper zum Zwecke der Reinigung außer Betrieb gesetzt werden mußte und infolgedessen bei dem immer noch hohen Eisen- und Manganhalt des Rohgrundwassers eine genügende Menge eisen- und manganfreies Grundwasser nicht geliefert werden kann. Wir raten deshalb, den Genuß des rohen Zeitungswassers bis auf weiteres nach Möglichkeit einzuschränken, dieses vielmehr nur nach vorherigem Abkochen zu trinken.

Diese Bekanntmachung zeigt, wie unzureichend die Situation ist. Es ist die unabwiesbare Pflicht des Magistrats, nunmehr mit allen Mitteln und sofort auf Abhilfe zu sinnen, zugleich aber die Bevölkerung über den Stand der Dinge stets im klaren und auf dem laufenden zu halten. Die gesundheitliche Wohlfahrt von einer halben Million Menschen steht auf dem Spiele.

Wahlerversammlung in Groß-Möckern. Eine am Sonntag, den 6. Januar in Groß-Möckern abgehaltene Wahlerversammlung beschäftigte sich mit der Aufstellung des Reichstags und der Kommunalen. Das Merkmal dazu hatte der Kandidat des Reiches Benefic Schütz übernommen. Einmalig seiner Rede geistigte der Redner in tiefster Weise das Verhalten der Schwarzen, namentlich hier in Groß-Möckern; — hatten die Führer derselben sich doch angeschlossen, sie weil er dem Genossen Schütz ein für alle Mal das Redneramt verleihe. Im Verlauf seiner Rede erläuterte der Redner dann das Verhalten der Regierung zum Parlament, indem er dabei an sich noch treffende Schlaglichter auf die verschiedenen Parteien warf. Die mit großem Beifall aufgenommenen Rede schloß mit der Anforderung, dafür zu sorgen, daß am 25. Januar über dem Wahlrecht das rote Banner wehe. Da sich trotz der Anforderung des Vorsitzenden, Genossen Döcker, Geaner zum Wort nicht meldeten und Diskussion nicht beliebt wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Schlesischer Zentral-Verein zum Schutz der Tiere. In der letzten Vorstandssitzung wurden einige Beschlüsse gefasst. Darunter eine solche gegen die hiesige Omnibus-Gesellschaft wegen Verletzung der einschlägigen Gesetze, besonders bei unachtsamem Fahren: eine solche gegen einen heftigen Kontrahenten, der seinen Jagdhund, nachdem derselbe angeschossen und zur Jagd unbrauchbar war, aus Dankbarkeit als Jagdhund vermachte; ferner gegen einen hiesigen Kaufmann, der seinen Jagdhund während der Nacht in eine Dürre sperrte, die im höchsten Grade von Schmutz war. Ueber einen Antrag eines Vorstandsmitgliedes gegen das unerhörliche Laßhändeln: empfing sich eine hitzige Debatte, der endlich als Material zur Herbeiführung eines Tierchutzgesetzes dem Verbands-Deutscher Tierchutzvereine übergeben werden soll. Herr Döcker gab der Kassenschatzverwaltung bekannt, danach betrug die Einnahme von 1906 einschließlich eines Bestandes von 1905 58.824,08 Mk., die Ausgabe von 1906 7445,93 Mk., demnach Bestand für 1907 51.378,15 Mk. Die Ausgaben für die Hauptschule betragen allein 252.15 Mk. Das 56. Stiftungsjahr findet am 12. Januar, die Generalversammlung am 25. Januar statt. Der Magistrat beschäftigt in einem Schreiben, das 36 Reichstagswähler an den Unterstaatssekretär der Reichsregierung und dabei im allgemeinen recht gute Erfolge erzielt worden sind. Diese gingen sich insbesondere in der vorläufigen Verhandlung der Fische, Wagners und Geaner, sowie im ganzen Verhalten der Auszubildenden am dem Tod.

Schiedsgericht-Vertragsangelegenheiten. In der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeitervermittlung am 2. d. Mts. sind die Verhandlungen für Unvollständige, Dr. Sternpel, Ortsvorsitzender für Ungarn, Professor Dr. Ludloff, Oberamt der Arbeitervermittlung der kriegswirtschaftlichen Landesverwaltung, Dr. Goebel, Ortsvorsitzender für Ungarn und derjenige der Art des Kampfes-Gesetzes zu Sachverständigen des Schiedsgerichts für das Jahr 1907 gewählt worden.

Die Winterwolle des Jahres 1907. Von dem 14. Januar bis zum 14. Januar des Jahres 1907 hat die erste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweite am 10. Juli des Jahres 1907, die dritte am 14. Januar des Jahres 1907, die vierte am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfte am 14. Januar des Jahres 1907, die sechste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebte am 14. Januar des Jahres 1907, die achte am 10. Juli des Jahres 1907, die neunte am 14. Januar des Jahres 1907, die zehnte am 10. Juli des Jahres 1907, die elfte am 14. Januar des Jahres 1907, die zwölfte am 10. Juli des Jahres 1907, die dreizehnte am 14. Januar des Jahres 1907, die vierzehnte am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfzehnte am 14. Januar des Jahres 1907, die sechzehnte am 10. Juli des Jahres 1907, die siebzehnte am 14. Januar des Jahres 1907, die achtzehnte am 10. Juli des Jahres 1907, die neunzehnte am 14. Januar des Jahres 1907, die zwanzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die einundzwanzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweiundzwanzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die dreiundzwanzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierundzwanzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfundzwanzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die sechsundzwanzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebenundzwanzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die achtundzwanzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die neunundzwanzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die dreißigste am 10. Juli des Jahres 1907, die einunddreißigste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweiunddreißigste am 10. Juli des Jahres 1907, die dreiunddreißigste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierunddreißigste am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfunddreißigste am 14. Januar des Jahres 1907, die sechsunddreißigste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebenunddreißigste am 14. Januar des Jahres 1907, die achtunddreißigste am 10. Juli des Jahres 1907, die neununddreißigste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die einundvierzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweiundvierzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die dreiundvierzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierundvierzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfundvierzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die sechsundvierzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebenundvierzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die achtundvierzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die neunundvierzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die fünfzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die einundfünfzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweiundfünfzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die dreiundfünfzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierundfünfzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfundfünfzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die sechsundfünfzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebenundfünfzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die achtundfünfzigste am 10. Juli des Jahres 1907, die neunundfünfzigste am 14. Januar des Jahres 1907, die hundertste am 10. Juli des Jahres 1907, die einhundertste am 14. Januar des Jahres 1907, die zweihundertste am 10. Juli des Jahres 1907, die dreihundertste am 14. Januar des Jahres 1907, die vierhundertste am 10. Juli des Jahres 1907, die fünfhundertste am 14. Januar des Jahres 1907, die sechshundertste am 10. Juli des Jahres 1907, die siebenhundertste am 14. Januar des Jahres 1907, die achthundertste am 10. Juli des Jahres 1907, die neunhundertste am 14. Januar des Jahres 1907, die tausendste am 10. Juli des Jahres 1907.

Der Glockenguss in Breslau. Die städtische Kunst-Druckerei hat sich für die Herstellung von Entwürfen und Modellen für ein Denkmal zur Erinnerung an die Sage vom Glockenguss in Breslau. Zum Wettbewerb angeschlossen sind die dem Deutschen Reich angehörenden Bildhauer. Die Kosten für Herstellung des Denkmals dürfen 40.000 Mk. nicht übersteigen. Als Preise sind ausgesetzt: 1200, 800 und 500 Mk. Die Bedingungen für den Wettbewerb werden kostenfrei vom Magistrats-Bureau VII, Märkerplatz 16, abgegeben. Die Modelle und Zeichnungen sind bis zum 12. April 1907, Abends 6 Uhr, an die Direktion des Schlesischen Museums für Kunstgeschichte und Altertümer, hier, Graunstraße 11, einzuliefern.

Aus dem Kunstgewerbe-Museum. Mit den Vorträgen über die „Sammlung der Spitze“ (Mitsch und Doppelstücke), die Kunst des Dr. M. Decker vom k. k. Österreichischen Museum für Kunst und Industrie in Wien am 9. und 12. Januar im Vortragssaal des Museums abgehalten wird, wird auch eine Ausstellung der städtischen im Depot verwahrten reichhaltigen Spitzenammlung des Museums verbunden sein.

Zooologischer Garten. Der Zoologische Garten hat einen schmerzlichen Verlust erlitten. Das junge Nashorn, das sich erst kürzlich im Garten befand, ist gestern früh gegen 8 Uhr verstorben. Gestern begannen sich bei ihm heftige kolikartige Krämpfe einzustellen, die die ganze Nacht hindurch andauerten. Trotz aller Gegenmaßnahmen, deren Anwendung mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, weil das Tier infolge der starken Schmerzen äußerst erregt war, trat am Morgen der Tod ein. Durch die Sektion, die am Vormittag im zoologischen Institut angefaßt wurde, wurde eine Darmverengung und eine Einflüßung von 42 Zentimeter Länge im Darmlumen festgestellt.

Die Reinigung des städtischen Abfallbeseitigungsweges. Freiestraße Nr. 35, in dem jedes Dienst- und Arbeitverhältnis für männliche und weibliche Personen folgenlos nachzuweisen wird, betrug im Monat Dezember 1906: a) Männer: Angeordnete Arbeiter 1177, zu behebende Stellen 788, belegte Stellen 644, Stellung fanden: 636 ungelernete Arbeiter (einschließlich Buchbinder, Hausarbeiter, Kleiderer, 8 Handwerker; b) Frauen: Angeordnete Arbeiter 298, zu behebende Stellen 608, belegte Stellen 399, Stellung fanden: 284 Arbeiter, Wäsche- und Schneidwerkstätten, 31 Bedienung, 15 Dienst- und Kinderfrauen, 5 Arbeiterinnen, 2 Arbeiterinnen. **Größere Straßen.** Die Briegerstraße zwischen Königgrätzerstraße und Wollweberstraße und die Auenstraße zwischen Sternstraße und Straße 25 des abgeänderten Bebauungsplanes sind dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Versammlungen und Vereine.

Ueber den Gefahr- und Verantwortungsbesitz der Maschinenisten und Helfer sprach am Sonntag Gausleiter Reifferscheid im „Schweizerhof“ vor leider nur einer sehr schwach besuchten Versammlung von Kollegen. Nicht allzu genuss, führte er aus, können die überaus schweren Betriebsgefahren, denen die Kollegen bei Tag und Nacht ausgesetzt sind, vor Augen gefaßt werden, damit sie die nötige Fehre daraus ziehen. Kein Beruf ist so gefahr- und verantwortungsvoll wie der an den Maschinen Beschäftigten. Und seinen Beruf dürfte es geben, bei dem bei all dem Gefahren für Leben und Gesundheit die darin Tätigen so leicht bestraft werden wie gerade die Maschinenisten und Helfer. Insbesondere seien es die Kesselexplosionen, Rohrbrüche etc., die ein stilles Jubiläum der Unfallgefahr bei den betreffenden gewerblichen Beschäftigten bilden. Man wolle durchaus nicht verkennen, daß während der Verleste die Schuld an dem Unfall trug, aber meistens sind es doch unfreiwillig die Umstände, unter denen der Maschinenist, der Helfer arbeiten muß. Die vielen Nebenarbeiten, die sie nicht verrichten müssen, neben ihrer eigentlichen Tätigkeit verschulden die Unfälle, die meist schwerer Natur sind. Unbedingt ist es erforderlich, daß zu den Kesselunterstützungskommissionen auch Arbeiter angefaßt werden, eine Forderung, die doch durchaus jedermann gerecht erscheinen sollte. Die Arbeitszeit ist eine sehr ausgedehnte, sowohl im nationalen Betriebe wie bei der Binnenfabrik. Die Löhne sind hier wie dort nicht auskömmlich und die Kollegen haben alle Ursache, ihre Lage zu verbessern. Wie aber soll dies geschehen, wenn die Kollegen zu interesselosen den Dingen zusehen, und nur Organisation nicht heranzuziehen sind. Besser laßt es sich machen, wenn die Kollegen sich Mann für Mann dem Verbande anschließen und für Verbesserung ihrer Verhältnisse eintreten. In Breslau, bemerkte Reifferscheid, existieren noch unzulässige Zustände. In einem Betriebe müßte ein Helfer in der Nacht ohne Maschinenist 2 Dynamomaschinen, 1 Motor, 1 Batterie zu bedienen, die Rollen von 10 Meter Entfernung herbeiführen, das Maschinenhaus haben und so weiter. Wie leicht kann da ein Unfall vorkommen. Gewöhnlich werde die Schuld dem Arbeiter zugeschoben, er hat gewiß nicht gut angepaßt, geschlafen oder zu viel gerumelt, das hat so die gewöhnlichen Ausreden, von der Übermüdung, Uebelhaltung, will dann niemand etwas wissen. Nur damit der Pöbel des Unternehmers ein möglichst großer wird, legt man Leben und die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel, die Kollegen tun nichts zur Abhilfe, obwohl ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Wo Umstände bestehen, sollen sie bei der Gewerbeinspektion zur Anzeige gebracht werden. Der Referent ermahnte die Kollegen schließlich, sich keine Ausführungen zu zeigen zu scheuen. Die Diskussion war eine sehr rege, die Meinungen gingen dahin, daß unbedingt etwas geschehen müsse, es sollte nur unter Maschinenisten und Helfern mehr Zusammenhalt, Kameradschaft herrschen. Ein Redner erinnerte daran, daß er nach höherer Tätigkeit von der krankehaften Guter-Freundschaft-Gesellschaft entlassen worden sei, weil er ohne Erlaubnis der Direktion seine Frau an Bord hatte. Man merke aus den verschiedenen Reden, daß in den nationalen Betrieben wie bei der Schiffahrt noch gar sehr viel Uebelstände bestehen, daß es not tue, sie zu beheben, es fehlt nur an einer kräftigen, festgelegten Organisation, dann wird manches besser werden.

Aus Schlesien und Polen.

Zur Kandidaten-Ausstellung.

Im Wahlkreis Gura-Ziemian-Wohlan ist von der Reichstags-Vollversammlung der Bauernzeitung Benzel-Bergsdorf als Reichstagskandidat angefaßt worden. — Im Wahlkreis Gura-Ziemian ist nun doch seitens der Reichstags-Vollversammlung der Reichstagskandidat Antonowicz angefaßt, jedoch Rittergutsbesitzer von Polle-Wappert. — Am 3. Januar veranlassen sich in Falkenberg Vertreter der „nationalen“ angenommenen Wähler im Kreis Falkenberg, um zu der bevorstehenden Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Kandidaten Rittergutsbesitzer Gensow auf Stern-Hindl, Kreis Grottkau, als Kandidaten für Falkenberg-Grottkau anzuführen. — Am 2. d. Mts. wurde am Nachmittage abgehalten die Versammlung der Wähler des Bundes der Landwirte, welche einstimmig beschloß, daß Kandidaten zu unterstützen. — Der sozialdemokratische Kandidat der Reichstagswahl, national-

